



übrigens

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Hachenburg

MÄRZ 1988

ORTSVEREINSZEITUNG DER HACHENBURGER SPD

ca. 60 Teilnehmer

Auf vielfachen Wunsch erneut in Hachenburg

Kabarett »Die Sense«

mit ihrem neuen Programm

**„Kohldampfradio - die Sense“
ein politisches Kabarett**

*WZ
13.5.87*

Veranstaltung des SPD-Ortsvereines in der Stadthalle

W.H. HACHENBURG. Der Ortsverein der sozialdemokratischen Partei führte innerhalb von einigen Monaten eine weitere Kulturveranstaltung durch und zwar diesmal mit einem Kabarett „Kohldampfradio - die Sense“.

Der Vorsitzende Hendrik Hering begrüßte die durchweg jugendlichen Zuhörer und hieß besonders den Landtagskandidaten Harald Schweitzer willkommen. Hering betonte, daß die SPD für eine Änderung der Kulturpolitik eintrete und wolle jungen Künstlern die Möglichkeit des Aufstiegs geben.

Die jungen Künstler machen Kabarett neben ihrem Studium aus politischer Überzeugung. Die Szenen hatten das Ziel, den Bundeskanzler und seine Minister aufs

Korn zu nehmen. Für ihre witzig-spritzig dargebrachten Gedankengänge bekamen sie viel Beifall.

Die Aufbereitung der Themen von der Arbeitslosigkeit bis „Tschernobyl“ erinnerte ein wenig an die Art von Dieter Hildebrandts „Scheibenwischer“. Durch viele Szenen, aber auch für ernste Lieder gab es viel Beifall.

Jörg Schmidt und Heike Wingertzahn, unterstützt durch die Dame am Klavier, Wiltrud Rosenberger, begeisterte das jugendliche Publikum. Die Gruppe beeindruckte nicht nur durch kecke Sprüche, auch mit Aktualität und Spontanität wurde nicht geizt. Sie arbeiteten mit Versprechern und Wortspielen.



Freitag, den 18. März 1988

20.00 Uhr

Hotel »Zur Krone« (Alter Markt)
in Hachenburg

Kartenvorverkauf (3,50) bei Musikladen Becker (Alter Markt, Hachenburg), Abendkasse: 5,— DM

Liebe Hachenburger, liebe Hachenburgerinnen, nachdem unsere letzte Ortsvereinszeitung vom Februar 1988 auf soviel positive Resonanz gestoßen ist, haben wir uns entschlossen bereits jetzt mit einer neuen Zeitung herauszukommen. Besonders erfreulich aus unserer Sicht war der gute Besuch bei der öffentlichen Veranstaltung mit Hans Apel (270 Besucher) in der Hachenburger Stadthalle. Wir würden uns freuen, Sie bei unserer Kulturveranstaltung am 18. März im Hotel zur Krone, die wir zusammen mit dem Kreisvorstand der Jungsozialisten veranstalten, begrüßen zu können. Die nächsten Seiten, auf denen wir die Entwicklung der Stadt und des Kreises aus unserer Sicht darstellen, sollten Sie ruhig einmal (unvoreingenommen) lesen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Hachenburger SPD

Über die Notwendigkeit einer städtischen Entwicklungsplanung

Politische Fehlentscheidungen sind teuer! Das beste Beispiel hierfür war der seinerzeitige Wettbewerb um das »Haus des Gastes« im Bereich des Burggartens. Hier wurden zigtausende von Mark ausgegeben und am Ende hieß es: »Außer Spesen nichts gewesen«! Dieses Geld hätte man sparen können, wenn man im Vorfeld der Planung einmal untersucht hätte, ob überhaupt ein Bedarf besteht, welches der zweckmäßigste Standort ist und wie sich das ganze in das Stadtbild einpaßt.

Soll sich nun dieses Dilemma beim Bau der neuen Stadthalle wiederholen? Vor zwei Jahren, als die Finanzlage der Stadt Hachenburg erheblich schlechter war als heute, sprach sich die CDU einstimmig für den Neubau einer Stadthalle aus. Ohne sich vorher ausreichend Gedanken gemacht zu haben, legte sich die CDU als Standort für den Neubau der Stadthalle auf das Gelände der heutigen Tennisplätze fest. Es wurden von der Stadt bereits für über 100.000,— DM Grundstücke für die Verlegung der Tennisplätze angekauft. Nun erklärt die CDU — so jedenfalls in der letzten Stadtratssitzung am 19. Februar —, daß auf Jahre hinaus an den Bau einer Stadthalle nicht zu denken sei. Woher kommt dieser plötzliche Sinneswandel? Das Hin und Her in ihrer Politik kann die CDU wohl selbst nicht erklären.

Dies sind nur zwei Beispiele die aufzeigen, daß es ohne ein Mindestmaß an vorausschauender Planung nicht weitergehen kann. Wir Sozialdemokraten fordern daher für die Zukunft die Aufstellung eines Entwicklungs- und Zeitplanes für die Stadt Hachenburg. Gerade im Hinblick auf die anlaufen-

de Stadtkernsanierung ist eine Entwicklungsplanung nötiger denn je. Viele der hier anstehenden Probleme können nur über eine integrierte Gesamtplanung gelöst werden. Die Knappheit der öffentlichen Mittel zwingt heute mehr denn je zu einer Entwicklungsplanung, damit Planungsfehler und ad-hoc-Entscheidungen der Vergangenheit ein Ende haben.

Die anstehenden Probleme im Stadtbereich wie Stadthallenneubau, Tennisplatzverlegung, evtl. Bau eines weiteren Parkhauses, Fragen der Verkehrsführung im Stadtkern, Unterbringung des städt. Bauhofes, Umbau des Feuerwehrgerätehauses und des Rathauses, Rasenplatz und künftige Bauleitplanung usw. sind Fragen, die im Rahmen einer Gesamtkonzeption einer befriedigenden Lösung zugeführt werden müssen.

Wir halten es für einen absoluten Unfug, Millionen für ein weiteres Parkhaus auszugeben ohne vorher Klarheit darüber zu haben, ob aufgrund der jetzigen und der künftigen Käuferstruktur überhaupt ein Erfordernis hierfür besteht. Die für diese doch finanziell gravierende Entscheidung erforderlichen Grunddaten müssen über eine Entwicklungsplanung zur Verfügung gestellt werden. Auch sollte im Rahmen dieser Planung einmal über einen Generalverkehrsplan untersucht werden, welche Möglichkeiten zur Verkehrsberuhigung im Stadtbereich und im Stadtteil Altstadt überhaupt bestehen. Hierbei muß man sich auch vor Augen halten, daß durch eine Verkehrsberuhigung einzelner Straßen zwangsläufig eine Bündelung des Verkehrs auf andere Straßen erfolgt. Dabei kommt der Berück-

sichtigung der Belange der Anwohner ein entscheidendes Gewicht zu. Es kann nicht so weitergehen, daß durch Einzelentscheidungen im Rahmen des jährlichen Straßenbauprogramms »ausgewürfelt« wird, welche Straße wie ausgebaut wird. Hier ist ein Gesamtkonzept mit einer stärkeren Beteiligung der Anlieger dringend erforderlich.

Der Zweck einer Entwicklungsplanung liegt in der Erstellung von Zielvorgaben für die künftige Weiterentwicklung unserer Stadt. Diese Entwicklungsplanung muß ein klares Bild von dem abstecken, was wir in unserer Stadt für die Zukunft erreichen wollen. Sie muß außerdem einen Prioritätenkatalog enthalten, der die für die Verwirklichung dieses Zieles erforderlichen Maßnahmen in zeitlicher Reihenfolge festlegt. Diese Planung ist so dann vom Stadtrat zu beschließen, wobei klar zu sagen ist, daß der Rat hier die Prioritäten setzen muß. Nur so können ad-hoc-Entscheidungen vermieden und unnütze Ausgaben verhindert werden. Eine derartige Planung kostet natürlich Geld. Wir sind aber sicher, daß dieses Geld bestens angelegt ist, denn es ist eine Investition in die Zukunft!

Impressum

»Übrigens SPD«
Zeitung der Hachenburger SPD
verantwortlich:
Hendrik Hening,
Barrwiese 7,
5238 Hachenburg

Sind die Hachenburger von gestern?

Sicherlich nicht. Aber beim Bau neuer städtischer Straßen könnte man es meinen. Seit Jahren bauen Städte und Dörfer schöne Wohnstraßen, menschlich gestaltet und gut begrünt. Auch in Hachenburg hat man vor Jahren eine solche Straße gebaut — den Haingärtenweg. Seitdem gibt es nur noch zaghafte Ansätze. Die SPD fordert — auch da wo keine Stadträte wohnen — ein vernünftiges Konzept für den städtischen Straßenbau. Wir brauchen einige gut befahrene Durchgangsstraßen und eine gute Erschließung der Gewerbebetriebe. Aber alle übrigen Straßen in Wohngebieten müssen in Zukunft verkehrsberuhigt ausgebaut werden. So etwas wie die neue Freiherr-von-Stein-Str. — eine Rennstrecke im Wohngebiet — darf es nicht mehr geben. Die SPD fordert menschengerechte Straßen und mehr Bäume in unserer schönen Stadt. Dem Straßenbau dürfen keine Bäume mehr geopfert werden — auch nicht am Birkenweg —

Auch die Stadteingänge müssen besser gestaltet werden. Es gibt genügend Möglichkeiten um zu verhindern, daß auf der Koblenzer Straße oder der Graf-Heinrich-Straße ständig mit 70 oder 80 km/h gefahren wird. Wenn Stadt und Verwaltung die nötige Kenntnis nicht besitzen, müssen Fachleute bei der Gestaltung helfen. Es gibt gute Anfänge in Hachenburg, warum werden sie nicht weitergeführt? Die SPD will eine lebens- und liebenswerte Stadt, besonders für Fußgänger, Kinder und ältere Menschen — nicht nur für Autofahrer.

Blüm: Kampfansage an die Krankenversicherten

CDU, CSU und FDP haben bisher der Kostenexplosion im Gesundheitswesen tatenlos zugeschaut. Die Zeche dafür haben die Beitragszahler zu zahlen: Der durchschnittliche Beitragssatz der fast 1200 Krankenkassen unseres Landes hat mit rund 13 Prozent eine Rekordmarke erreicht.

Mehr sogenannte Selbstbeteiligung und weniger Leistungen — das ist die Therapie, die Bundesarbeitsminister Blüm und die Bundesregierung den Krankenversicherten ab 1. Januar 1989 verordnen wollen. Höhere Zuzahlung bei Arzneimitteln, Kürzung der Kassenfinanzierung von Heil- und Hilfsmitteln, z. B. von Brillen und Hörgeräten, drastische Steigerung des Patientenanteils beim Zahnersatz, Einschnitte bei der Kostenübernahme für Fahrten zum Arzt, zum Krankenhaus und zur Rehabilitationsklinik, Wegfall des Sterbegeldes für die Jahrgänge nach 1928, höherer Krankenversicherungsbeitrag der Rentner — diese Stichworte zeigen, wohin die Reise der Bonner Koalition gehen soll.

Das SPD-Präsidium: „Die Pläne von CDU, CSU und FDP sind eine Kampfansage an die Versicherten, besonders an Kranke, Behinderte, Rentnerinnen und Rentner.“

Die SPD lehnt die Änderungspläne der Bundesregierung entschieden ab. Denn die Maßnahmen bewirken keine Kostendämpfung, sondern nur eine Kostenverlagerung von den Krankenkassen auf den Teil der Versicherten, der wegen Krankheit Leistungen in Anspruch nehmen muß. Das Solidarprinzip und das Sachleistungsprinzip der gesetzlichen Krankenversicherung bleiben auf der Strecke.

Coupon zurücksenden an: SPD
Ortsverein Hachenburg, Postfach
1412, 5238 Hachenburg

(Bitte in lesbarer Druckchrift ausfüllen)

Beitrittsanmeldung SPD

Zuname / Vorname

Straße / Haus-Nr.

Postleitzahl Wohnort

Geburtsdatum

SPD-Bezirk

Bundestagswahlkreis SPD-UB

Landtagswahlkreis SPD-OV

Geschlecht m w (bitte zutreffendes Kästchen ankreuzen)

Ausgeübter Beruf

Gewerkschaft

Mitgliedschaft in Vereinen und anderen Organisationen

Beschäftigungsverhältnis (bitte nur ein Kästchen ankreuzen)

Angestellter Beamter Landwirt Schüler/Student

Arbeiter/Facharbeiter Berufssoldat Lehrling Selbständig

Hausfrau Rentner/Pensionär

Zustellpostamt

Beitrag

Hiermit bestelle ich den Vorwärts, die sozialdemokratische Wochenzeitung. Preis pro Monat 8,- DM Halbjährlich 38,- DM Ja Nein

(Datum)

(Unterschrift des künftigen Mitglieds)

Hans Apel, Bundesfinanzminister a.D. in Hachenburg



Foto: Röder-Moldenhauer

CDU gegen „Grüne Mülltonne“

Nachdem ab 1. Januar 1988 die grüne Mülltonne für Papier im Westerwaldkreis eingeführt wird, beantragte SPD-Kreistagsmitglied Barbara Weisenfeld im Kreistag nicht nur die 240 Liter fassende grüne Tonne verpflichtend einzuführen, sondern wahlweise auch die kleinere 120-l-Tonne den Bürgern anzubieten.

Für Alleinstehende, Rentnerhaushalte und kleine Familien ist diese Tonne ausreichend, so die SPD-Politikerin aus Weidenhahn, und außerdem preiswerter für die Betroffenen.

Es bleibt das Geheimnis der CDU, warum sie diesen vernünftigen Antrag im Kreistag ablehnte.

Sind Vorschläge bei der Union schon deshalb schlecht, weil sie vom politischen Gegner kommen?

Für die SPD im Westerwald ist es höchste Zeit, daß die CDU vom politischen Block- und Lagerdenken Abschied nimmt und sich den Sachfragen widmet, die unsere Bürger berühren.

Harte Worte an die Adresse der CDU/FDP-Koalition

-repa- HACHENBURG. Der ehemalige Bundesfinanzminister, MdB Hans Apel, hatte bereits im Vorgespräch im Sitzungssaal der Verbandsgemeinde eine Fülle von „Ersünden“ der Regierungskoalition aufgezeigt. Er machte sehr deutlich, daß durch die geplante Steuerreform der finanzielle Handlungsspielraum der Gemeinden und Städte verheerende Folgen habe. Er sprach sogar von „gesetzeswidrigen Praktiken“, als er die geplanten Mehrwertsteuerregelungen aufzeigte. Die Gesetzesvorlage, die erst 1990 zum Tragen kommen werde jetzt im „Schweinsgalopp“ verabschiedet, weil man wisse, daß mit einer längeren Diskussionsphase auch der Widerstand wachse. Vor 250 Zuhörern in der Stadthalle setzte er sich mit der Regierungskoalition kritisch auseinander. MdL Gerhard Roth eröffnete: „Die von CDU und FDP auf den Weg gebrachte Steuerreform dient nur den Reichen in unserem Lande. Sie ist nicht christlich, nicht sozial und schon gar nicht liberal. Sie verdammt unsere Städte und Gemeinden zur Untätigkeit!“

MdB Hans Apel erinnerte die Zuhörer, daß vor der Verabschiedung des Bundeshaushaltes, vor Weihnachten noch von einer Neuverschuldung von 29 Milliarden Mark die Rede gewesen sei, ein paar Wochen später Bundesfinanzminister Stoltenberg jedoch schon von 40 Milliarden Mark gesprochen habe und man sich darauf einstellen könne, daß mindestens 45 Milliarden Mark Neuverschuldung zu Buche schlagen. „Die Bürger fragen sich, wo sind die Milliarden hingegangen?“ Der prominente Redner verwies auf die Wahlversprechen und die drastischen Sparmaßnahmen. „Die Umverteilung von unten nach oben hat stattgefunden“, sagte MdB Apel, der dann zu berichten wußte, daß die Unternehmen Riesengewinne von 70 % bis Ende 1987 erwirtschaftet haben, die jedoch nicht investiert wurden (nur 7 %), sondern im Ausland angelegt worden sind. „Ein Elektrokonzern mit dem Buchstaben 'S' legte zweistellige Milliardenbeträge im Ausland an!“

Er kritisierte die geplanten Steuerreform-Auswirkungen für den Normalbürger, der bei einem Einkommen von 3300 Mark (monatlich) nur mit acht Mark Ersparnis rechnen könne und durch den Abbau verschiedener Sozialleistungen in Wirklichkeit noch drauflegen müsse. Bei Leuten mit einem siebeneinhalbfachen Gehalt mache der Steuervorteil bereits 56 % aus. Mit einer Fülle von Beispielen untermauerte er seine Thesen, wobei er auch auf die Quellensteuer zu sprechen kam.

„Die CDU zu Adenauers Zeiten hat stets Gemeinsinn propagiert, das man muß man zugeben, sie hat den auch den sozialen Frieden gestützt, aber jetzt haben wir eine Regierung der sozialen Kälte, eine skandalöse Steuerpolitik, die Städte und Gemeinden ruiniert!“ MdB Hans Apel hatte zuvor gesagt, daß im Interesse der Städte und Gemeinden nur ein gemeinsames Handeln von SPD und CDU dieser sich abzeichnenden Entwicklung Einhalt gebieten könne.